

ALTERNATIVEN FÜR DRESDEN

Informationen der AfD-Fraktion im Stadtrat Dresden

SICHERHEIT IM ÖFFTL. RAUM

mehr auf Seite 4

WARUM PEGIDA?

mehr auf Seite 6

SANIERUNG DER 39. GRUNDSCHULE

mehr auf Seite 3

LEIPZIGER VORSTADT:

Kleine Läden ohne Globus nicht existenzfähig

Während die linke Stadtratsmehrheit mit fragwürdigen Gutachten die Entwicklung am Leipziger Bahnhof nun schon über viele Jahre immer weiter verschleppt, vergammelt das Gelände weiter vor sich hin. Die ganze Bandbreite grüner und linker Irrationalität zeigt sich aber auch in einer vollständigen Falschbewertung der tatsächlichen Marktlage in Dresden. Die Marktkonzentration von sog. Discountern und SB-Warenhäusern hat in Dresden mittlerweile nahezu monopolistische Züge angenommen. Mit etwa 68% Marktkonzentration liegt der Großteil der Geschäfte bereits heute in der Hand eines Großanbieters. Dieses Stadium ist höchst gefährlich für die weitere Entwicklung der Verbraucherpreise und letztlich für die Existenz kleinerer Geschäfte. Die Strategie in Monopolsituationen ist dabei nicht unbekannt. Über temporäres Preisdumping geht kleinen Geschäften bald die Luft aus mit der Folge, dass immer mehr Kleinanbieter vom Markt verdrängt werden. In der Folge kennen monopolistisch diktierte Preise nur eine Richtung: die Preise ziehen deutlich an.

Insofern unterliegen sowohl das vom grünen Stadtrat Thomas Löser am 8. März 2016 auf dem Globusgelände zitierte Gutachten eines Unternehmensberatungsbüros als auch der Grüne selbst einer vollkommenen Fehlinterpretation der tatsächlichen Marktlage in Dresden. Nicht



die Globusansiedlung ist es, die kleine Geschäfte absterben lässt, sondern ausschließlich die bereits heute vorliegende nahezu monopolistisch geprägte Struktur in Dresden. Mit ein wenig realistischem Weitblick erschließt sich einem diese leicht nachvollziehbare stadtweite Betrachtungsweise auch für die zu erwartende Situation auf dem Grundstück am Leipziger Bahnhof, bei dem sich marktwirtschaftliche Verhältnisse weder mit Idealismus oder geringem Einzelhändlerkapital noch mit Mauerbau zum dortigen Schutz kleiner Händler isoliert ausschalten lassen.

Zur Eindämmung bzw. Aufweicheung monopolistischer Entwicklungen sind ein langer Atem und vor allem ein starker Partner notwendig. Wenn überhaupt, dann muss man sich darüber im Klaren sein, dass sich die Chance zum Erhalt auch kleinerer Anbieter nur mit der 72-Millionen-Investition von Globus und nicht ohne Globus erreichen lässt. Denn in einem durch Angebot und Nachfrage innerhalb eines marktwirtschaftlichen Systems gebildeten Marktpreis profitiert der Verbraucher langfristig nur durch eine gewisse Ausgewogenheit von konkurrierenden Wettbewerbern, ▶

INHALT

LEIPZIGER VORSTADT: Kleine Läden ohne Globus nicht existenzfähig	01 - 02
39. Grundschule	03
Sicherheit im öffentlichen Raum	04 - 05
Warum Pegida?	06 - 07
Unsere Arbeit im Stadtrat	08

KONTAKT BÜRO

AfD-Fraktion im Stadtrat Dresden
Dr.-Külz-Ring 19
Rathaus, 1. Etage, Raum 215
01067 Dresden

www.afd-fraktion-dresden.de
www.facebook.com/AfDFraktionDresden

Tel 0351 - 4 88 10 50
Fax 0351 - 4 88 10 49
post@afd-fraktion-dresden.de

IHRE STADTRÄTE

Stefan Vogel
(Fraktionsvorsitzender)
sv@afd-fraktion-dd.de

Gordon Engler
(Stellv. Fraktionsvorsitzender)
ge@afd-fraktion-dd.de

Jörg Urban MdL
ju@afd-fraktion-dd.de

Harald Gilke
hg@afd-fraktion-dd.de

unter denen die Preise nicht von einem Anbieter allein beliebig festgelegt werden können. Hier entscheidet jeder Verbraucher für sich selbst, wo er einkaufen möchte. Der Staat hat hier nur einzugreifen, wenn das marktwirtschaftliche Gleichgewicht gestört ist. Die Grünen um Herrn Löser und wohl auch die Linken möchten aber offenbar wirtschaftlich nicht leistungsfähige Unternehmen künstlich auf dem Markt halten und andere willkürlich aus dem Markt drängen. Dies ist nicht nur ein unzulässiger Eingriff in den Markt und somit nicht nur ein eklatanter Verstoß gegen das Marktconformitätsprinzip, wonach das Überleben der Unternehmen nicht zuletzt auch durch qualifizierte Standortanalysen jedem Unternehmen und dem Markt selbst zu überlassen ist, sondern dies würde aus obigen Gründen auch den sicheren Tod der kleinen Unternehmen bedeuten. Neben der 40-Millioneninvestition allein in die Verkaufsstätte summieren sich die linkspopulistischen Forderungen an Globus mittlerweile auf zusätzliche 32 Millionen € in die Restaurierung der sonstigen ruinösen Restgebäudeteile des alten Bahnhofs sowie in die sonstige Infrastruktur, zu der z.B. die Öffnung der Bahnbögen, die Erneuerung von Radwegen und Fußwegen sowie Teilen der Leipziger Str. oder einem erheblichen Kostenbeitrag bei der Errichtung von Straßenbahnhaltestellen gehören. Doch obwohl oder gerade weil der Investor bisher noch allen Forderungen der rot-grün gefärbten Stadtratsmehrheit

nachgekommen ist, dürfte nun wohl auch aus dieser Hinsicht kein Argument mehr in nachvollziehbarer Weise gegen die 72 Millionen Investition sprechen, die nicht nur der Leipziger Vorstadt zur neuen Blüte verhelfen und 300 langfristig sichere Arbeitsplätze bringen wird, sondern gerade auch vor dem Hintergrund der Bewerbung Dresdens um die Kulturhauptstadt 2025 das ruinöse Gelände an einer der wichtigsten Dresdner Einfallstraßen endlich beseitigen würde.

Dass die dem mitarbeiterfreundlichen Familienunternehmen Globus vorgeworfene hohe Flächenproduktivität Voraussetzung für hohe Umsätze und damit auch für hohe Gewerbesteuereinnahmen für unsere Landeshauptstadt sind, versteht sich zumindest bei aufgeklärten Marktwirtschaftlern von selbst und dürfte damit auch das aufgeworfene „worst case“-Szenario des fragwürdigen Gutachtens ein weiteres Mal ad absurdum führen.

Es gilt nun, den Weg für die Globus-Investition schnell frei zu machen, um überhaupt eine Chance zu haben, die derzeitige Marktkonzentration in Dresden wieder mehr aufzuteilen - ehe sich der Investor es sich noch anders überlegt. Die Linkspopulisten laufen darüber hinaus Gefahr, neben der weiteren Monopolisierung nach Marina Garden wiederum eine millionenteure Schadensersatzforderung an die Stadt zu riskieren, die letztlich die Steuerzahler bezahlen müssen.



AUSGABE: ZUM HERUNTERLADEN

www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung.html



DER GANZE ARTIKEL ONLINE:

www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/marktwirtschaftparadox.html

SANIERUNG DER 39. GRUNDSCHULE

Die geplante Sanierung der 39. Grundschule in Dresden begrüßen wir als AfD-Fraktion. Ich selbst habe diese wunderbare Schule in Dresden-Plauen von 1964-1968 besucht, habe die ersten 32 Jahre meines Lebens auf der Westendstraße in ihrer Nähe gewohnt und wurde in der sich in der Nachbarschaft befindenden „Auferstehungskirche“ getauft und konfirmiert. Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass ich den Stadtteil und die Schule gut kenne. Doch auch historisch betrachtet hat die 39. Grundschule einiges zu bieten. Immerhin verfügt sie seit 1876 über das älteste Schulgebäude in Dresden-Plauen. Ein 3-geschossiger Mauerwerksbau mit 18 Klassenzimmern für ca. 540 Schüler. Das sogenannte B-Haus steht etwa 20 m vom dem Friedhof entfernt, auf dem sich die Grabstelle, der für Plauen so bedeutenden, Familie Bienert befindet. Weiterhin befindet sich an der Friedhofsmauer zum B-Haus das Familiengrab der Familie Fichtner. Baumeister Fichtner plante und überwachte 1875 den Bau der modernen Volksschule, welche damals als eine der ersten Schulen auf der Grundlage des neuen fortschrittlichen Sächsischen Schulgesetzes von 1873 erbaut wurde.

Jedoch sind bei der begrüßenswerten Vorlage 0882/15 erhebliche Ungereimtheiten festzustellen. Daher konnten wir der Verwaltungsvorlage nicht zustimmen. 15 Millionen Euro sind eine große Menge Geld und es ist der Stadt nicht gelungen, klar herauszustellen, warum und wofür diese beträchtlichen Haushaltsmittel verwendet werden sollen. Grundsätzlich stellt sich die AfD-Fraktion auf den Standpunkt, dass Investitionen in unser Bildungswesen, in die Infrastruktur und die bedarfsgerechte Erhaltung unserer Schulen ein sinnvoller Einsatz unserer kommunalen Mittel sind. Unsere Kinder dürfen nicht zu kurz kommen! Es müssen aber stets Kosten und Nutzen und deren vernünftiges Verhältnis im Auge behalten werden.



So sollen in Zeiten knapper Kassen 2,25 Mio. Euro für Freiflächen und Außenanlagen verwendet werden. Das ist anderen Schulen in Dresden schwer vermittelbar. Ebenso wenig, dass ein im Jahr 2001 für 310.000 DM (ca. 158.500 €) saniertes bzw. komplett erneuertes Schieferdach des 3-geschossigen Traditionsbaus mit 18 Klassenzimmern für ca. 540 Schüler im Zuge der Umbaumaßnahmen Opfer des Abrissbaggens werden soll. So baufällig sieht das Schieferdach bei näherer Betrachtung aber nicht aus, aber dieser Gegensatz passt nicht zu dem von der Stadt gefahrenen Modell. Denn generell will die Stadtverwaltung im Zuge der Sanierung lieber abreißen und neu bauen, statt die durchaus gute, aber sanierungsbedürftige, traditionsreiche Bausubstanz zu erhalten. Dass das am Ende die Kosten in die Höhe treibt ist nahezu selbstverständlich.

Können wir uns solch einen Abriss von bestehenden Gebäuden leisten? Die fehlenden Mittel bei unserem Schulbauprogramm sind bekannt. Sicher ist neu bauen attraktiver, aber nur wenn man es sich leisten kann. Die Sporthalle soll auf ihrer gesamten Grundfläche etwa 4 m tief in den Plauener Pläner eingegraben werden, was aufgrund der Bodenbeschaffenheit erhebliche

Gelder verschlingt. Mit der Absenkung der Halle müssen aufwendige Treppenanlagen und eine lange Rollstuhlfahrrampe angelegt werden, um die Zugänglichkeit zu realisieren. Aufgrund des Erddrucks müssen die Umfassungswände wesentlich tragfähiger ausgebildet und abgesteift werden. Im Erdreich müssen die Außenwände gegen Feuchtigkeit abgedichtet werden, und wie der Vorlage zu entnehmen ist, sogar radonsicher.

Insgesamt soll der Schulneubau nach der Sanierung 28 Klassenzimmer beheimaten. Das sind sage und schreibe genauso viele wie vor der Sanierung, nur dass man dann 4zünftig fahren will und 15 Mio. Euro ausgegeben hat.

Das sind nur einige Beispiele aus einer langen Liste besorgniserregender Fehlplanungen bei der 39. Grundschule.

Wir brauchen endlich einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Steuergeld der Bürger, die sich auf den gerechtfertigten Einsatz ihrer Steuermittel verlassen und deren Vertrauen in die Arbeit von Verwaltung und Politik Dresdens wir nicht untergraben dürfen. Bei der 39. Grundschule wird die Stadt diesem Anspruch nicht gerecht.



DER GANZE ARTIKEL ONLINE:

www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/sanierunggrundschule.html



REDE VON STEFAN VOGEL

www.afd-fraktion-dresden.de/unsere-reden/articles/stadtrat-am-25022016-sanierung-39-grundschule.html

SICHERHEIT IM ÖFFENTLICHEN RAUM



Nicht nur gefühlt ist die Kriminalität in Dresden sprunghaft angestiegen. Symptomatisch für die sich veränderte Sicherheitslage sind eine erhöhte Anzahl von Einbrüchen, sexuellen Übergriffen und Raubüberfällen auf offener Straße. Sofern Täterbeschreibungen vorhanden sind, wird häufig von „südländischem Aussehen“ berichtet. Wie bspw. der Medieninformation 139/2016 der Polizeidirektion Dresden zu entnehmen ist, sind die Opfer derartiger Übergriffe nicht selten auch Einwanderer. So wurde ein 28-jähriger Tunesier beraubt und mit einem Messer von einem anderen Ausländer („vermutlich Nordafrikaner“) lebensgefährlich verletzt.

Zu einem besonderen Schwerpunkt der Kriminalität hat sich das Umfeld des Dresdner Hauptbahnhofs entwickelt. Der Wiener Platz steht wie kein anderer öffentlicher Raum in Dresden für eine sich lebendig ausbreitende Drogenszene. Um einen Schwerpunkt zur Bekämpfung des Drogenhandels am Wiener Platz zu bilden, muss die Stadt Sicherheitskräfte aus anderen Stadtteilen abziehen, da keine Re-

serven vorhanden sind. Die AfD-Fraktion befasste sich bereits frühzeitig mit dieser Problematik - wie üblich erst ohne Resonanz; gefolgt von Verunglimpfung aus dem Rot-Rot-Grünen Lager als böswillige Hetzer gegen schutzbedürftige Asylbewerber und Flüchtlinge. Doch die AfD-Fraktion setzte nach: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, seit meiner [StR Jörg Urban, Anm. d. Verf.] letzten Anfrage im Stadtrat im Oktober 2015 (vgl. mAF0074/15) hat sich das subjektive Sicherheitsempfinden der Dresdner Bevölkerung nicht verbessert – im Gegenteil. [...] Für die Zukunft (Doppelhaushalt 2017/2018) hat das Ordnungsamt 20 zusätzliche Planstellen für den Gemeindlichen Vollzugsdienst (GVD) beantragt. Bewertet die Verwaltung diese 20 zusätzlichen Planstellen als ausreichend, um Ordnung und Sicherheit nicht nur auf der Prager Straße, sondern wieder im gesamten Stadtgebiet aufrecht zu erhalten oder wird auf Grund der derzeitigen Lage eine weitere Anhebung der Planstellen beim GVD sowie der BEG beabsichtigt?“ Antwort der Verwaltung: „Die

20 beantragten Planstellen für den GVD werden angesichts der Anforderungen an die öffentliche Sicherheit und Ordnung im gesamten Stadtgebiet nicht ausreichen. Sie sind aber ein erster notwendiger Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel.“

Auch die massiven sexuellen Belästigungen im Georg-Arnhold-Bad erschütterten Dresden. Wenn das Sicherheitsempfinden – insbesondere der weiblichen Bade Gäste – durch zusätzliches Personal nicht erhöht werden kann, müssen sich die verantwortlichen Entscheidungsträger auch andere Maßnahmen offenhalten: entweder eine Ausweisungspflicht, wie sie bereits in einigen Lokalisationen praktiziert wird, oder aber auch eine Zutrittsbeschränkung für männliche Asylbewerber. Diese kommen meist aus Gesellschaften, in denen Frauen völlig rechtlos sind und in denen Frauen und Männer in fast allen Lebensbereichen getrennt sind. Die Vorstellung einiger Rot-Grüner Politiker, diese Sozialisierung dieser Migranten mit ein paar Lehrstunden zur europäischen Kultur verdrängen zu können, ist hochgradig naiv und unverantwortlich. Es darf nicht sein, dass der Besuch von Dresdner Schwimmbädern für unsere Kinder und Frauen zum Risiko wird.

„Wir stehen in der Pflicht, unsere Bürger und Bürgerinnen und vor allem unsere jungen Mädchen vor sexuellen Übergriffen zu schützen und alle Maßnahmen zu ergreifen, um diesen Schutz auch gewährleisten zu können! Hierfür wäre die Einführung zusätzlichen Sicherheitspersonals, gesonderte Besuchszeiten für Flüchtlinge aber auch ein Schwimmbadverbot als Ultima-Ratio durchaus denkbar“, bekräftigte Stadtrat Jörg Urban.

Neue Kräfte einzustellen ist allerdings angesichts der finanziellen Situation der Stadt und der anderen drängenden Aufgaben, wie die Finanzierung von Asylunterkünft-



DER GANZE ARTIKEL ONLINE:

www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/sicherheitoeffraum.html



GEORG-ARNHOLD-BAD:

www.afd-fraktion-dresden.de/pressemitteilungen/articles/schwimmbad.html

ten, aktuell schwer. Eine verantwortungsbewußte Stadtratsmehrheit müsste die brenzliche Lage erkennen und notfalls einen Nachtragshaushalt beschließen. Wenn alljährliche Mehrausgaben im Jugendhilfesektor in Millionenhöhe möglich sind, dann muss es auch möglich sein, zusätzliche Mittel für die Sicherheit im öffentlichen Raum und in öffentlichen Einrichtungen bereit zu stellen.

Der Hauptverantwortliche, Sachsens Innenminister Markus Ulbig, begab sich, statt zu handeln, lieber öffentlichkeitswirksam mit der CDU-Landtagsfraktion zum „Fotoshooting“ an den Wiener Platz. Dazu merkte Jörg Urban an: „Der zur Schau gestellte Aktionismus der CDU und des Innenministers sind nichts weiter als

politische Nebelkerzen. Schon während des Termins kam es zu weiteren Straftaten am Wiener Platz. Eindrucksvoller konnte man die Aktion der CDU nicht konterkarieren. Anstatt die Täter konsequent abzuschieben, will man lieber ein „Maßnahmepaket“ vorstellen, welches vornehmlich der Beruhigung der Dresdner Bevölkerung anstatt der realen Kriminalitätsbekämpfung dient. Die AfD-Fraktion im Dresdner Stadtrat fordert die sofortige Ausweisung von kriminellen Migranten!“

Ein großes Problem bei der Bekämpfung von Drogenhandel, Diebstählen und Belästigungen durch Migranten ist unser deutsches Strafrecht. Im Vergleich zu den Strafen und Haftbedingungen in den Herkunftsländern der Täter sind Strafen in Deutschland sehr mild. Viele der auslän-

dischen Straftäter interpretieren das als Schwäche unserer Gesellschaft und lachen Polizisten und Richter aus.

Mit der aktuellen Debatte in der Stadtratsitzung vom 25.02.2016 scheint zumindest bei der SPD ein wenig Problembewusstsein aufzukommen. Zu lange haben Stadt und Land zugeschaut, wie überwiegend Migranten und Asylbewerber in der Landeshauptstadt Brennpunkte der Kriminalität entstehen ließen. Die AfD fordert deshalb von der Stadt und vom Land die signifikante Aufstockung der Sicherheitskräfte. Außerdem muss die Regierung endlich Gesetze verabschieden, die es möglich machen, dass straffällige Asylbewerber ihren Asylanspruch verlieren und sofort abgeschoben werden.



KEIN GELD FÜR SICHERHEIT:

http://afd-fraktion-dresden.de/pressemitteilungen/articles/pressemitteilung-30102015_kein_geld_f%C3%BCr_sicherheit.html



BESUCH DES INNENMINISTERS

www.afd-fraktion-dresden.de/pressemitteilungen/articles/pressemitteilung-29012016.html

WARUM PEGIDA?

Nach dem aktuellen DNN-Barometer vom 9. März 2016 läge bei anstehenden Stadtratswahlen die AfD bei 13,3 % (2014 mit 7,0%) gleichauf mit „Die Linke“ (2014 noch 20,9%). Die NPD wäre – auch ohne Verbot – mit nur 0,6% aus dem Stadtrat verschwunden, während die CDU gar um 4%-Punkte auf 31,6% zulegen könnte. Spannend wäre hierbei die Frage gewesen, wie viele Dresdner einer PEGIDA-Partei ihre Stimme geben würden?

Schaut man sich die 10 Dresdner Thesen der PEGIDA-Bewegung an, finden sich Forderungen, die eher Selbstverständlichkeiten darstellen. Manche Punkte sind sogar ziemlich liberal („dezentrale Unterbringung von Kriegsflüchtlingen und politisch oder religiös Verfolgten“) oder sozialistisch („der Kinderwunsch darf nicht aufgrund von wirtschaftlichen Ängsten unterdrückt werden“) anmutend. Warum hat PEGIDA dann diesen schlechten Ruf? Nimmt man eine Studie der „Brandmeyer Markenberatung“ zu Rate, dann hat die Berichterstattung über die PEGIDA-Demonstrationen das Bild von Dresden bei 32% der bundesweit Befragten negativ verändert. 16% hingegen haben durch die Berichterstattung über PEGIDA ein positiveres Bild über Dresden erlangt. Die große Mehrheit (52%) empfand keinen Einfluss durch PEGIDA. Jenseits davon wie repräsentativ diese Umfrage ist, könnte man sich im Sinne der Berichterstattung fragen, ob 16% der Deutschen Rechtsradikale sind (zuzüglich einer unbestimmten Menge, welche sich durch die Medien haben gar nicht in ihrem Bild über Dresden beeinflussen lassen)? Abgesehen von der Fußball- bzw. Stadionatmosphäre sind die Reden häufig unspektakulär. Es gibt ein klares Feindbild: Angela Merkel und die „Lügenpresse“; manchmal aber auch äußerst unglückliche Formulierungen, auf die sich die Presse dann begierig stürzt.



„Was sich seit Monaten, wenn nicht Jahren abspielt, ist mit dem skandierten Begriff ‚Lügenpresse‘ jedoch milde beschrieben. Es ist längst ein gewaltiger Agitations-Apparat, der auf wundersame Weise alle Medien instantan gleichschaltet: Presse, Radio, Fernsehen. Derselbe Tremolo-Sprech, dieselben Bilder, dieselben Feinde: Jeder, der es wagt, auch nur mal zu ‚fragen‘, ist verdächtig. Und wer gar ‚zweifelt‘, gehört ‚nicht zu dem Volk, in dem ich leben möchte‘.“ (Peter Bartels, Ex-BILD-Chefredakteur)

Wozu noch eine PEGIDA-Partei? Es gibt doch schon die AfD! Der Politikwissenschaftler Werner J. Patzelt äußerte von einigen Wochen, AfD und PEGIDA seien Fleisch vom Fleisch. Doch ist es, wie Patzelt sinngemäß auch sagt, Fleisch, welches die CDU politisch nicht mehr abdeckt? Die AfD hinsichtlich ihrer Wählerschaft und PEGIDA hinsichtlich ihrer Spaziergänger speisen sich aus einer allgemeinen Unzufriedenheit, die größere Teile der Bevölkerung ergriffen hat. Die Bezeichnung „besorgte Bürger“ trifft es insoweit, als dass es Bürger sind, die sich tatsächlich Sorgen um die Zukunft ihrer Stadt, ihres Landes machen und die hierbei den etablierten Parteien kein Vertrauen mehr schenken.

Das Wählerspektrum, das die AfD aufgreifen kann (und PEGIDA auf die Straße bringt), ist recht breit. Ähnlich wie die FPÖ in Österreich ist die AfD eine kleine Volkspartei, die auch Wähler anzieht, die früher eher links, also nicht die CDU, gewählt haben. Das funktioniert u.a. durch die Leere eines gesunden Nationalstolzes, das Fehlen eines weitsichtigen, die eigenen Interessen als „Gemeinwesen Deutschland“ im Auge behaltenden politischen Leitbildes bei anderen, etablierten Parteien. Nicht jeder, der „grüne“ und „soziale“ Ideen vertritt, ist z.B. glücklich mit den politischen Parolen, die seine einst angestammte Partei gerade im Angesicht der Flüchtlingskrise verbreitet und hierbei Kritiker mit der „Nazikeule“ traktiert.

Der britische Politologe Anthony Glee sagte vor einigen Monaten, Deutschland sei ein gefühlsgeleiteter Hippiestaat geworden, der sich an keinerlei vereinbarte Regeln mehr hält (Zitat): „Man mag über die ungarische Regierung denken was man will, aber die Regeln sind da, und wenn Deutschland sich nicht an die Regeln hält, dann fällt [...] die ganze Union auseinander.“ Ja, Deutschland ist ein Hippiestaat mit einem strengen ideologischen Korsett. Die Mechanismen



DER GANZE ARTIKEL ONLINE:

[www.afd-fraktion-dresden.de/
fraktionszeitung/articles/warumpegida.html](http://www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/warumpegida.html)



LOKALPRESSE MISSBRAUCHT:

[http://afd-fraktion-dresden.de/pressemitteilungen/
articles/pressemitteilung_pegida_presse.html](http://afd-fraktion-dresden.de/pressemitteilungen/articles/pressemitteilung_pegida_presse.html)

erinnern teilweise an das Verhalten der Deutschen in den zurückliegenden Diktaturen. Manche Engländer behaupten deshalb wohl nicht zu Unrecht, wir Deutschen seien ein Volk ohne Maß und Mitte. Wir müssen es immer mit allem übertreiben. Vielleicht liegt dies an der Deutschen Romantik? Der deutsche Publizist und Politologe Rafael Seligmann zeichnet sie zumindest mit verantwortlich für die Entgleisung unseres Volkes in den Nationalsozialismus. Und ein gehöriges Maß an romantischer Irrationalität kann man unserem im Geiste der 68er Bewegung nachhaltig veränderten Deutschland im Angesicht der Asylkrise durchaus unterstellen. Wir brauchen allerdings kein romantisches Gutmenschen-tum, keine den Einwanderern entgegen applaudierenden Deutschen, sondern wir benötigen Vernunftmenschen im Geiste der Aufklärung. Ich möchte deshalb Prof. Patzelt's Einschätzung dahingehend zuspitzen und behaupten, AfD und PEGIDA sind Symptome einer Krise unseres politischen Systems, verursacht durch die medial dominierende linke Kultur in Deutschland. Diese ist deshalb so schädlich, weil sie ein derart repressives Vorgehen gegen weltanschauliche bzw. ideologische politische Gegner aufgebaut hat, die mehr einer Diktatur als einer Demokratie würdig erscheint.

„Alle, die kommen, sind unsere Schwestern und Brüder, weil sie von Gott her willkommen sind. Sie beschenken uns, wie wir sie.“ (Franz-Josef Overbeck, *kath. Bischof von Essen*)

Der Islam ist nicht das eigentliche Problem. Schauen wir bspw. in den islamischen Staat Irak. 1950 lebten dort 5 Millionen Menschen. Im Jahr des Sturzes des säkularen Diktators Saddam Hussein (2003) waren es schon 25 Millionen. Heute sind es bereits 37 Millionen Einwohner. Dar-

unter sind entsprechend sehr viele junge Männer. Eine größere Zahl kämpft gerade gegeneinander – insbesondere im Konflikt der irakischen Armee gegen den Islamischen Staat. In fast allen anderen arabischen und afrikanischen Staaten sieht die Bevölkerungsentwicklung nicht viel anders aus. Und genauso entfalten sich dort Kriege, Bürgerkriege und Massenmorde. „540 Millionen Migranten wollen weg“ prognostiziert der Völkermordforscher Gunnar Heinsohn: „Das betrifft sehr viele der rund 2,1 Milliarden Menschen des Islambogens (einschließlich Afghanistans, Pakistans, Bangladeschs, Malaysias und Indonesiens) sowie Schwarzafrikas [...], die zu einem Viertel Wirtschafts- oder Sozialmigranten werden wollen. [...] Kommt es dagegen zu Bürgerkriegen, verwandeln sich Milliarden Wirtschaftsflüchtlinge über Nacht in ebenso viele Schutz- oder Asylberechtigte.“ Ein islamischer werdendes Europa, ein islamischer werdendes Deutschland ist also „nur“ ein Nebeneffekt. In der Vergangenheit konnten wir noch zusehen, wie jene Menschen sich in den aufgrund von Überbevölkerung entstandenen Verteilungskonflikten untereinander in Banden- und Bürgerkriegen oder regional begrenzten Kriegen gegenseitig töteten – ohne aber das Bevölkerungswachstum hierbei spürbar zu mildern. Das menschliche Elend, was dort zu tage trat und uns über Fotos und Videos erreichte, kostete uns nicht mehr als ein paar Tränen des Mitleids. Nun aber kommen sie auch zu uns. Und bis zu 90% von ihnen können wir laut Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles nicht in den deutschen Arbeitsmarkt integrieren. Werden sie dafür mit Harz IV glücklich werden?

„Sowohl für Asylbewerberleistungen als auch für Hartz-IV-Leistungen ist mit monatlichen Kosten in Höhe von 1.000 Euro für Unterbringung und Versorgung je

Flüchtling zu rechnen“ (*Institut der deutschen Wirtschaft*)

„Das ist jetzt unser Land“, sagte ein syrischer Flüchtling in einer Dokumentation des öffentlich-rechtlichen Fernsehens. Wenn wir Deutschen in ein anderes Land ziehen und so etwas äußern, würde man dies wohl als Invasion bezeichnen. Im heutigen Deutschland nennt man es hingegen kulturelle Bereicherung. Es gibt also tatsächlichen Grund besorgt zu sein. Auch wenn die Balkanroute derzeit weitgehend blockiert ist – man kann Grenzen folglich durchaus schützen, wenn man will – ist das Problem immer noch da und wird uns über Jahre beschäftigen. Daneben sitzen Millionen auswanderungswilliger junger Menschen in Afrika und Asien weiterhin auf den Startkoffern. Selbst wenn der Weg über die Türkei versperrt werden sollte, wird sich der Druckkessel an anderer Stelle entladen. Wie viele von ihnen werden in den kommenden Jahren nach Dresden kommen?

„Doch der Ruf nach Veränderung ist hörbar. Daher dürfen wir nicht beiseite stehen, sondern müssen diese Entwicklung in Verantwortung vor unserem Volk und unserem Gewissen mitgestalten. Politik ist nach Otto von Bismarck bekanntlich die Kunst des Möglichen und somit auch die Erkenntnis der geeigneten Gelegenheit. Diese Gelegenheit ist jetzt gegeben. Fassen wir uns ein Herz und nutzen sie! Lasst uns eine politische Bewegung, eine Partei gründen, die unseren Werten, die EHRE - FREIHEIT - VATERLAND Ausdruck verleiht! Lasst uns der angeblich alternativlosen Politik etwas entgegensetzen!“ (*Gordon Engler, Antrag für den Burschentag 2012*)



DER PEGIDA-EFFEKT?:

www.afd-fraktion-dresden.de/pressemitteilungen/articles/pegidaeffekt.html



UNSERE ARBEIT IM STADTRAT:

www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/arbeitsstadtrat.html

Mit großer Begeisterung dürfen wir Ihnen die fünfte Ausgabe unserer Fraktionszeitschrift vorstellen und hoffen, Sie hatten viel Freude beim Lesen. In den letzten Monaten herrschte reges Treiben im Rathaus. Große Zufriedenheit dürfen wir über die von uns erst im Januar bezogenen Büroräume äußern. Diese werden zum Tag der offenen Tür am Sonnabend, dem 02.04.2016 zwischen 10 und 16 Uhr für Sie begehbar sein. Unter anderem wird unser Konferenzraum von einem Werk von Anton von Werner „Kriegsrat in Versailles“ geschmückt sowie von einem Portrait Heinrich von Gagerns und einem Bildnis der Deutschen Eiche flankiert. Auch außerhalb des Rathauses sorgten wir für den



einen oder anderen Paukenschlag für etablierte Parteien. So wurden wir außerdem zur erfolgreichsten Fraktion der sozialen Medien im Stadtrat und vereinen mittlerweile mehr Abonnenten auf unserer Seite als die Kollegen von CDU, SPD und Linken zusammen. Wir möchten unseren Wählern ein Lob aussprechen, für die vielen guten Zuarbeiten danken, welche die Grundlage für unsere Arbeit bilden und verbleiben

mit himmelblauem Gruß
Ihre AfD Fraktion im Dresdner Stadtrat

BÜRGERSPRECHSTUNDEN VOR ORT MIT STADTRAT STEFAN VOGEL

Dienstag, den 29. März 2016	15:00 - 16:00 Uhr in Altfranken
Dienstag, den 29. März 2016	16:30 - 18:00 Uhr in Pennrich
Donnerstag, den 31. März 2016	15:00 - 16:00 Uhr in Mobschatz mit OBR Peter Berauer
Donnerstag, den 31. März 2016	16:30 - 18:00 Uhr in Cossebaude mit OBR Peter Berauer und OBR Hans-Joachim Klaudius
Dienstag, den 05. April 2016	16:00 - 18:00 Uhr in Cotta mit OBR Peter Berauer
Donnerstag, den 07.04.2016	16:00 - 18:00 Uhr in Plauen mit Stv. OBR Dr. Fritz Michalczyk

Anmeldung erbeten unter EMAIL: sv@afd-fraktion-dd.de
oder Mobil: (0170)2458113

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden (Stadträte Gordon Engler, Harald Gilke, Jörg Urban MdL, Stefan Vogel)
Postfach 12 00 20 - 01001 Dresden
V.i.S.d.P.: Fraktionsvorsitzender Stefan Vogel

KONTAKT

Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden
Fraktionsgeschäftsführer: Harald Kläebe
Fraktionsreferent: Markus Ebert
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
1. Etage, Raum 215
Tel 0351 - 4 88 10 50
Fax 0351 - 4 88 10 49
post@afd-fraktion-dresden.de
<http://www.afd-fraktion-dresden.de>
<http://www.facebook.com/AfDFraktionDresden>

REDAKTION

Harald Kläebe (Ltg.), Markus Ebert (Text- und Bildauswahl).

Autoren: Harald Kläebe(1,2), Stefan Vogel(3), Richard Beulke(3), Markus Ebert(3,8), Gordon Engler(4,5,6,7), Jörg Urban(4,5)

FOTOS / BILDER

© ArTo/Fotolia.com (4)
© detailblick-foto/Fotolia.com (5)
© Markus Ebert (1,6,8)

ERSCHEINUNGSWEISE

Zweimonatlich

DRUCKAUFLAGE

2.000 Exemplare

Die „Alternativen für Dresden“ sind Teil der Öffentlichkeitsarbeit der AfD-Fraktion im Stadtrat Dresden und dürfen nicht für Wahlwerbung verwendet werden.

ABONNEMENT?

Wir senden kostenfrei zu!

Einfach Nachricht mit Kontaktdaten an:
post@afd-fraktion-dresden.de